

Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Verfassungs- und Bezirksausschusses

Sitzungsdatum: 05. April 2016
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:06 Uhr bis 18:41 Uhr
Vorsitz: Abg. Carola Veit (SPD)
Schriftführung: Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung: Sabine Dinse

Tagesordnung:

1. Drs. 21/3580 Erfahrungsbericht des Landesabstimmungsleiters, der Bezirksabstimmungsleitungen und des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein zum Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 am 29. November 2015 sowie Bürgerschaftliches Ersuchen vom 7. Mai 2015: Änderung der Verfassung - Bewährte Rechtsgrundlage zu Volksentscheiden um die Möglichkeit von -Bürgerschaftsreferenden erweitern - Drs. 21/417 (Neufassung)
(Bericht Präsident/in der Bürgerschaft)

2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Barbara Duden (SPD)
Abg. Dr. Kurt Duwe (FDP)
Abg. Regina-Elisabeth Jäck (SPD)
Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Frank Schmitt (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Olaf Steinbiß (SPD)
Abg. Carola Veit (SPD)
Abg. Michael Westenberger (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. André Trepoll (CDU)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Inneres und Sport

Herr Regierungsdirektor Oliver Rudolf

Statistikamt Nord

Frau Wiss. Ang. Juliana Mausfeld

Bezirksamt Hamburg-Nord

Herr LRD Tom Oelrichs

IV. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Sabine Dinse

V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

3 Personen

Zu TOP 01

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Verschiedenes

Wahlprüfung zu dem Wahleinspruch 07/15

Die Senatsvertreterinnen und –vertreter erklärten, das Verfahren sei bei der Staatsanwaltschaft anhängig, das Ermittlungsverfahren gestalte sich als schwierig und werde noch andauern.

Tagesordnung der kommenden Sitzung am 26. April 2016

Die SPD-Abgeordneten äußerten, sie wollten in der kommenden Sitzung zu den Drucksachen 21/2936 und 21/2756 - beide zu „Demokratie vor Ort – Hamburgs Bezirke stärken – Einsetzung einer Enquete-Kommission“ - die Begründungen der beiden antragstellenden Fraktionen hören und das weitere Verfahren besprechen.

Der FDP-Abgeordneten stimmte dem zu und hoffte, dass gemeinsame Ergebnisse erreicht werden könnten.

Die CDU-Abgeordneten stimmten ebenfalls zu, sie wollten insbesondere zunächst die Erfahrungen aus den Bezirken hören und die bisherigen Erfahrungen abwägen, bevor Neuerungen aufgesetzt würden.

Die Ausschussvorsitzende stellte das Einvernehmen aller Fraktionen dazu fest, die Drucksachen sollten in der kommenden Ausschusssitzung anberaten und das weitere Verfahren abgestimmt werden.

Der FDP-Abgeordnete sprach die ebenfalls an den Ausschuss überwiesene Drucksache 21/469 „Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes – Anpassung an die 3-Prozent-Hürde“ der FDP-Fraktion an. Die 3-Prozent-Hürde sei inzwischen in der Verfassung festgeschrieben worden. Es gehe darum, die Auswirkungen davon auf die Bezirksversammlungen und deren Ausschüsse festzustellen, deshalb sollte die Drucksache vor der Sommerpause im Ausschuss beraten werden.

Die SPD-Abgeordneten stellten fest, zu der Beratung einer Einsetzung einer Enquete-Kommission habe sich der Ausschuss auf ein Verfahren geeinigt, darin eingeschlossen sei eine Behandlung des Bezirksverwaltungsgesetzes. Deshalb plädierten sie dafür, die Drucksache 21/469 zunächst zurückzustellen.

Die CDU-Abgeordneten wandten ein, die Fragestellung der FDP-Fraktion sei bereits für das Bezirksamt Eimsbüttel und die zuständige Fachbehörde umfangreich geprüft worden. Die Fachbehörde habe festgestellt, je nach Größe der Ausschüsse in den Bezirksversammlungen seien diese abstimmungsberechtigt. Sie stimmten aber zu, die Thematik sollte im Ausschuss diskutiert werden.

Die AFD-Abgeordneten wollten dem Antrag der FDP-Abgeordneten zustimmen, sie hielten es für demokratisch geboten, die 3-Prozent-Hürde wieder zu beseitigen.

Der Abgeordnete der GRÜNEN stimmte zu, der Antrag aus der Drucksache 21/469 sollte in der kommenden Ausschusssitzung beraten werden.

Die Ausschussvorsitzende stellte fest, auch die Drucksache 21/469 werde auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Carola Veit (SPD)
(Vorsitz)

Christiane Schneider
(Fraktion DIE LINKE)
(Schriftführung)

Sabine Dinse
(Sachbearbeitung)